

# Niedrigere Mehrwertsteuer gefordert

## Freizeitparks wollen Ermäßigung



Der Präsident des Branchenverbandes VDFU, Klaus-Michael Machens (l), und der Geschäftsführer des Europaparks, Roland Mack, in Rust.

*(Foto: dpa)*

Die Vergnügungsparks in Deutschland fühlen sich benachteiligt und fordern Steuererleichterungen. Die Parks müssten in den Genuss einer reduzierten Mehrwertsteuer kommen, sagte der Präsident des Branchenverbandes VDFU, Klaus-Michael Machens, im badischen Rust. Nur so blieben sie wettbewerbsfähig. Eintrittskarten für Freizeitparks sollten künftig mit dem verringerten Steuersatz belegt werden, also mit 7 Prozent. Derzeit wird für sie mit 19 Prozent die volle Mehrwertsteuer erhoben. Eine niedrigere Steuer könne zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, sagte Machens. Eine ähnliche Forderung erhebt mit dieser Argumentation auch das Hotel- und Gaststättengewerbe.

"Wir sind der einzige Sektor der Freizeitbranche, der die volle Mehrwertsteuer zahlen muss", sagte Machens, der Präsident des Verbandes Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen (VDFU) ist. "Damit unterscheiden wir uns von Kinos und Volksfesten. Ihnen wird der reduzierte Steuersatz gewährt." Im Vergleich zu Volksfesten böten Vergnügungsparks ein nahezu identisches Angebot. Differenzen bei der Besteuerung seien nicht begründbar.



Deutschlands ältester Freizeitpark: Erlebnispark Tripsdrill.

*(Foto: picture-alliance/ dpa)*

Zudem gebe es international Unterschiede. "In Belgien und in den Niederlanden werden 6 Prozent Steuer für eine Freizeitpark-Karte fällig, in Frankreich sind es nur 5,5 Prozent", sagte Machens. Die deutschen Freizeitparks stünden aber in der direkten Konkurrenz zum Ausland. "Wir haben durch die hier geltende hohe Steuer massive Nachteile." Die Steuer müsse an die Parkbesucher weitergegeben werden.

## **"Rechnet sich gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich"**



Achterbahn des Europa-Parks in Rust.  
(Foto: picture-alliance/ dpa)

"Eine niedrigere Mehrwertsteuer für Freizeitparks bringt dem Staat zwar Einnahmeausfälle. Sie rechnet sich aber gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich", sagte Machens, der im Hauptberuf Geschäftsführer des Zoos in Hannover ist. Parks würden in die Lage versetzt, in neue Attraktionen und Einrichtungen zu investieren. Zudem würde der Service ausgebaut. "Dadurch entstehen neue Arbeitsplätze, darunter auch Stellen für Geringqualifizierte. Solche Arbeitsplätze werden in Deutschland ja immer mehr Mangelware."

Der Bedarf an Parkerweiterungen sei vorhanden. "Die Besucher wünschen sich zusätzliche Angebote, von neuen Fahrgeschäften bis hin zu Übernachtungsmöglichkeiten und weiteren touristischen Angeboten." Der Staat müsse den Unternehmen daher über eine Steuerreduzierung Finanzmittel freimachen. "Sonst hat unsere Branche kaum die Möglichkeit, in die Zukunft zu investieren." Die Folge wären sinkende Besucherzahlen. "Damit droht eine deutliche Schwächung des innerdeutschen Tourismus und ein Stellenabbau."

dpa